

Briefvorlage CDU

Guten Tag XX,

ich schreibe Ihnen, weil die Berliner CDU-Fraktion gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner am 14.12 eine drastische Verschärfung des Polizeigesetzes (ASOG) beschließen will.

Die geplante Ausweitung der Präventivhaft, die Einführung von Tasern und die expansive Nutzungserweiterung für Bodycams stellen einen drastischen Abbau demokratischer Grund- und Freiheitsrechten dar. Sie sind nicht im Interesse der Bürger und Bürgerinnen, die Sie vertreten.

Trotz immer weiter rückläufiger Kriminalitätsraten in Deutschland haben verschiedene Bundesländer in den vergangenen Jahren ihre Polizeigesetze verschärft.[1] Der Trend hin zu mehr Eingriffsbefugnissen und einem Ausbau von Überwachungsmaßnahmen ist klar erkennbar. Diese Verschärfungen greifen immer tiefer in die Grund- und Freiheitsrechte der Bürger und Bürgerinnen ein und befeuern ein Aufrüsten von weitläufig ausgestatteten Sicherheitsbehörden.

In der Anhörung des Innenausschuss am 13.11.2023 haben sowohl geladene Experten als auch die Datenschutzbeauftragte des Landes Berlin erhebliche Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzesentwurfs geäußert.[1] Auch die tatsächliche Wirksamkeit der neuen Ausrüstung der Polizei (Bodycams, Taser) zur Verhinderung von Straftaten lässt sich empirisch nicht nachweisen.

Auch das Tempo, mit dem die Novelle durch das parlamentarische Verfahren läuft, ist aus demokratischen Gesichtspunkten problematisch. Gerade bei Polizeigesetzen, welche unmittelbar in die Freiheit der Bürger eingreifen, und das Verhältnis zwischen Staat und Bürger ordnen, sollte eine Beteiligung der Öffentlichkeit im demokratischen Verfahren sichergestellt werden. Der Raum für eine öffentliche Meinungsbildung wurde erheblich verkürzt und die Partizipationsmöglichkeiten deutlich beschränkt. Nach den erheblichen geäußerten Zweifeln an der Verfassungsmäßigkeit sollte dieses Gesetz nicht im Eiltempo beschlossen werden.

Wir stehen als Stadt vor großen Problemen, die Ihre Regierung angehen sollte: Soziale Spaltung, Verarmung, Wohnungsnot und eine auch in den Kiezen immer mehr spürbare Klimakatastrophe. Das sind die Krisen, die das Leben Ihrer Bürger und Bürgerinnen strukturieren; dies sind die Probleme, die Sie angehen sollten! In der Gesetzesbegründung heißt es immer wieder, die Novellierung des ASOG soll für mehr Sicherheit in Berlin sorgen.

Aber als Christdemokraten sollte Ihnen klar sein: Aus Ihren politischen Grundsätzen von liberalen Werten, Rechtsstaatlichkeit und einer grundrechtsgeleiteten Innenpolitik ergibt sich, dass ein verschärftes Polizeigesetz klassische Bürgerrechte untergräbt und für niemanden mehr Sicherheit schafft.

Ein soziales und faires Miteinander schafft Sicherheit, ein gut ausgebauter und gut finanzierter Sozialstaat schafft Sicherheit; gleichberechtigte Teilhabe schafft Sicherheit. Gut ausgestattete soziale

Unterstützungsprogramme in Ihrem Wahlkreis schaffen Sicherheit – soziale und nachhaltige Sicherheit – für die Bürger und Bürgerinnen in ihrem Kiez.

Wir rufen Sie dazu auf am 14.12 im Sinne von uns Bürgern und Bürgerinnen gegen die Verschärfung des ASOG zu stimmen. Stellen Sie sich auf die Seite der Zivilgesellschaft und helfen Sie uns, die grundgesetzlich verbürgten Grund- und Freiheitsrechte zu erhalten!

Mit besorgten Grüßen,

[1] nachzulesen: <https://www.parlament-berlin.de/dokumente/sitzungsuebersicht?Wahlperiode=19&Ausschuss=19-ausschuss-fur-inneres-sicherheit-und-ordnung>

BRIEFVORLAGE SPD

Guten Tag xx,

ich schreibe Ihnen, weil die Berliner SPD-Fraktion gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner am 14.12 eine drastische Verschärfung des Polizeigesetzes (ASOG) beschließen will.

Die geplante Ausweitung der Präventivhaft, die Einführung von Tasern und die expansive Nutzungserweiterung für Bodycams stellen einen drastischen Abbau von demokratischen Grund- und Freiheitsrechten dar. Sie sind nicht im Interesse der Bürger*innen, die Sie vertreten sollten.

Trotz immer weiter rückläufiger Kriminalitätsraten in Deutschland haben verschiedene Bundesländer in den vergangenen Jahren ihre Polizeigesetze verschärft.[1] Der Trend hin zu mehr Eingriffsbefugnissen und einem Ausbau von Überwachungsmaßnahmen ist klar erkennbar. Diese Verschärfungen greifen immer tiefer in die Grund- und Freiheitsrechte der Bürger*innen ein und befeuern ein Aufrüsten von bereits sehr umfangreich ausgestatteten Sicherheitsbehörden. In Bayern wurde 2018 das schärfste Polizeigesetz seit 1945 verabschiedet, jetzt soll Berlin folgen. In mehreren Bundesländern – darunter Bayern und Baden-Württemberg – hat sich die SPD aktiv und als Teil breiter, zivilgesellschaftlicher Bündnisse gegen ein Ausweiten der polizeilichen Befugnisse und gegen starke Grundrechtsverletzungen eingesetzt. Diesen Einsatz fordere ich als Bürger*in auch von Ihnen!

Wir stehen als Stadt vor großen Problemen, die Ihre Regierung angehen sollte: Soziale Spaltung, Verarmung, Wohnungsnot und eine auch in den Kiezen immer mehr spürbare Klimakatastrophe. Das sind die Krisen, die das Leben Ihrer Bürger*innen strukturieren; dies sind die Probleme, die Sie angehen sollten!

In der Gesetzesbegründung heißt es immer wieder, die Novellierung des ASOG soll für mehr Sicherheit in Berlin sorgen. Aber als Sozialdemokrat*in sollte Ihnen klar sein: Aus Ihren politischen Grundsätzen von sozialer Teilhabe, Rechtsstaatlichkeit und einer grundrechtsgeleiteten Innenpolitik ergibt sich, dass ein verschärftes Polizeigesetz für niemanden mehr Sicherheit schafft.

Ein soziales und faires Miteinander schafft Sicherheit, ein gut ausgebauter und gut finanzierter Sozialstaat schafft Sicherheit, gleichberechtigte Teilhabe schafft Sicherheit. Gut ausgestattete soziale

Unterstützungsprogramme in Ihrem Wahlkreis schaffen Sicherheit – soziale und nachhaltige Sicherheit – für die Bürger*innen in Ihrem Kiez.

Wir rufen Sie dazu auf, sich in die bürgerrechtlich-informierte, freiheitliche und demokratische Tradition Ihrer Partei einzureihen und am 14.12 im Sinne von uns Bürger*innen gegen die Verschärfung des ASOG zu stimmen. Stellen Sie sich auf die Seite der Zivilgesellschaft! Helfen Sie uns, die grundgesetzlich verbürgten Grund- und Freiheitsrechte zu erhalten!

Mit besorgten Grüßen,

xx

[1] <https://polizeigesetze-stoppen.de/>